

schrift erörtert. Herr König erklärt im Namen der Redaktion, daß er eine Beengung der Freiheit der Redaktion ganz entschieden ablehnen müsse, da sonst die Entwicklung der Presse und des Verbandes leiden würde. Von seiten der Versammlung werden die Gründe gewürdigt und nur der Wunsch ausgesprochen, daß bei Einsetzung von Aufsätzen von Außenseitern vorher mit der betreffenden Ortsvereinigung Verbindung gesucht werde.

Herr Ehrke (Stettin) macht darauf aufmerksam, daß in den Veröffentlichungen des Zentralverbandes das Wort Einheitsverband fehlt. Die Geschäftsstelle sagt zu, daß dieses Wort, wo es aus Versehen fehlen sollte, zugesetzt werden wird.

Bezüglich der Steuererklärungen gibt der Vorsitzende die Richtlinien für die Zwangsanleihe bekannt. Ueber die Abgrenzung der Unterverbände entspinnt sich eine Aussprache zwischen dem Thüringer und dem Ostthüringer Verbands. Von seiten der Geschäftsstelle wird darauf hingewiesen, daß die Bildung von zu kleinen Unterverbänden durchaus unerwünscht ist. Ferner wird von der Geschäftsstelle die erfreuliche Mitteilung gemacht, daß die Firma Rudolf Plume ihre Stiftung von 3000 Mk. für Lehrlingsprämien auf 30000 Mark erhöht habe.

5. Bericht über die bevorstehenden Maßnahmen gegen die Goldankaufsstellen. Nach einem einleitenden Ueberblick des Vorsitzenden berichtet der Geschäftsführer über die Schritte, die von seiten des Verbandes getan worden seien, um dem Unwesen der Goldankaufsstellen zu steuern. Die Reichstagsbeschlüsse von Hannover wurden in einer ausführlichen Eingabe zusammengefaßt und dem Reichswirtschaftsministerium als Antrag unterbreitet. Auf die Mitteilung hin, daß ein entsprechender Gesetzentwurf in Vorbereitung sei, wurde vom Zentralverband beantragt, eine Regelung auf dem Verordnungswege zu treffen, da befürchtet werden muß, daß eine gesetzliche Regelung zu lange Zeit in Anspruch nimmt und deshalb zu spät kommt. Auch mit dem Finanzministerium, dem Preußischen Ministerium des Innern und dem Ministerium für Handel und Gewerbe sind Verhandlungen gepflogen. Festzustellen sei, daß alle Behörden die Notwendigkeit eines scharfen Eingreifens anerkennen und dem Verbands ihre Unterstützung zugesagt haben. Im übrigen hat sich der Zentralverband auf die Selbsthilfe verlassen und fast in allen ihm unterbreiteten Fällen, wo auf Grund der jetzigen gesetzlichen Bestimmungen vorgegangen werden konnte, Strafanträge gestellt, die zum größten Teil zur strengen Bestrafung der Betreffenden geführt haben. Auch die straffere Handhabung der Erteilung der Wiederveräußerungsbescheinigungen gibt die Möglichkeit, sich gegen die fremden Elemente zu wehren. Besonders weist der Geschäftsführer auf die Erfolge, die die Innungen Dortmund und Hannover erzielt haben, hin. Ueber die beabsichtigte neue gesetzliche Regelung könne heute nicht mehr gesagt werden, als daß eine Konzessionierung beabsichtigt sei. Verhandlungen über den Gesetzentwurf seien für die nächste Zeit in Aussicht genommen. Im übrigen empfehle es sich nicht, in der Öffentlichkeit nähere Einzelheiten zu erörtern.

Herr Kerckhoff (Neuwied) führt aus, daß auch im besetzten Gebiet ähnliche Verhältnisse bestehen, so daß sich die Fachorganisationen ausgiebig mit dieser Frage beschäftigen mußten. Nach seinen Erfahrungen besteht die beste Abwehr darin, daß die Kollegen sich zu einer gemeinsamen Ankaufsstelle zusammenschließen. Selbstverständlich wäre, daß diese Ankaufsstellen auch anständige Preise bezahlen müssen, die sich ja unmittelbar aus dem Dollarstande errechnen lassen. Der Redner wendet sich dagegen, daß auch von den Uhrmachern die Führung eines Trödelbuches verlangt wird. Man müsse einen Unterschied zwischen einem realen Uhrenbetriebe und einem gewerbsmäßigen Ankäufer (Trödler) machen. Im Rheinland brauche man nur ein Einkaufsbuch zu führen. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß die Führung eines Trödelbuches nicht von den Uhrmachern verlangt werde, die das Gold nur für ihren eigenen Bedarf ankaufen, es also nicht gewerbsmäßig weiter verkaufen. Herr Meyer (Magdeburg) schildert eingehend die Erfahrungen und die Erfolge, die die Magdeburger Kollegen mit der Gründung einer Ankaufsstelle gemacht haben. Die einzelnen Kollegen wären bei der Ankaufsstelle nicht vollständig ausgeschaltet, sie kauften vielmehr, soweit sich ihnen dazu noch Gelegenheit bietet, weiter Gold an, das sie dann aber der gemeinsamen Ankaufsstelle zuführen. Von dem Regierungspräsidenten der Provinz Sachsen ist auch beabsichtigt, durch eine Polizeiverfügung gegen die Goldankaufsstellen vorzugehen. Eine scharfe Kontrolle hat auf Veranlassung der Innung bereits eingesetzt, mit dem Erfolg, daß innerhalb 10 Tagen drei bis vier Geschäfte wegen Unzuverlässigkeit geschlossen wurden. Seit Eröffnung der gemeinsamen Ankaufsstelle sind die Verhältnisse wesentlich besser geworden. Das Publikum habe Vertrauen, weil die Ankaufsstelle auch mit dem Wohlfahrtsamt zusammen arbeitet.

Herr Trawny (Dortmund) schildert sehr ausführlich die Verhältnisse im Industriebezirk. Besonders in Dortmund sei ein sehr harter Kampf gegen die Ankaufsstellen geführt, der ihm eine sehr große Arbeitslast aufgebürdet habe, es seien aber auch sehr große Erfolge erzielt worden. Durch eine Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf und in Arnsberg sei erreicht worden,

daß Anzeigen in Tageszeitungen, Aushängen von Plakaten usw. verboten ist. Herr Trawny erläutert die Polizeiverordnung ausführlich, mit dem Versprechen, nähere Mitteilungen darüber der Geschäftsstelle zu machen. (In der vorliegenden Nummer bringen wir an anderer Stelle diese ausführlichen Mitteilungen.)

Vom Westfälisch-Lippischen Verband war zu dieser Frage folgender Antrag gestellt:

Zum Goldankauf, mit dessen Materie wir uns sehr eingehend schon seit langem befaßt haben, möchten wir bemerken, daß es im Interesse des Gesamtwohls läge, wenn alles aufgekaufte Edelmetall der Reichsbank zuflösse, und zwar dergestalt, daß die bisherigen legitimen Geschäfte nur zum Ankauf privilegiert würden, und diese die Metalle im Falle der Wiederveräußerung nur an die Reichsbank abgeben dürfen. Dadurch würde erreicht, daß die ungeheuren Metallwerte, die das Nationalvermögen des deutschen Volkes darstellen, und die jetzt durch allerhand gewissenlose Schieber ins Ausland wandern, dem Staate und damit auch dem Volke erhalten blieben.

Es würde ferner dadurch erreicht, daß außer der einzigen Goldmilliarde, die die Reichsbank noch besitzt, in kurzer Zeit weitere Goldmilliarden angesammelt werden könnten, die unbedingt auf die Stabilisierung der Mark und ihre Kaufkraft einwirken würden. Wir bitten, dieses mit allen Mitteln beim Ministerium zu erwirken.

Der Antrag soll bei der Beratung des Gesetzentwurfes mit verwertet werden. Ueber die Führung eines Trödelbuches entspinnt sich noch eine längere Aussprache. Von Herrn Kerckhoff wird folgender Antrag gestellt:

Bei anerkannten Fachgeschäften, die Edelmetalle gemeinsam oder einzeln aufkaufen, soll ein einfaches Ankaufsbuch genügen. Gegen die Führung eines Trödelbuches ist entschieden Stellung zu nehmen.

Herr Bätge macht längere Ausführungen über den Goldankauf selbst. Er ist der Ansicht, daß in dem gewerbsmäßigen Ankauf für jeden einzelnen eine große Gefahr ruht, da die Versuchung außerordentlich groß ist. Von der Kollegenschaft müßte deshalb mit großer Vorsicht an die ganze Frage herangetreten werden. Herr Trawny erhält das Schlußwort. Er ist der Meinung, daß die Kollegenschaft heute dem Goldankauf nicht aus dem Wege gehen könne, weil er sonst ganz in die Hände der Schieber übergehen würde. Der Antrag Kerckhoff (Neuwied) wird einstimmig angenommen.

7. Reichstagung Dresden (4. bis 11. Mai 1923): a) Aufstellung von Richtlinien für die Abhaltung der Reichstagung, b) Aufstellung einer Geschäftsordnung für die Verhandlungen der Reichstagung.

Vom Geschäftsführer wird über die Reichstagung selbst berichtet. Der Termin mußte so früh gewählt werden, weil zu einer anderen Zeit keine passenden Räume zu haben waren. Die Raumfrage wäre jedoch jetzt in der glücklichsten Weise gelöst. Sowohl für die Verhandlungen wie für die Ausstellung stehen sehr schöne und ausreichend große Räume zur Verfügung. Ueber die Organisation der Reichstagung wird ein ausführlicher Bericht gegeben. Sehr eingehende Richtlinien für die Abhaltung der Reichstagung und auch für die Durchführung der Verhandlungen sind jedem Teilnehmer ausgehändigt worden, so daß sich ein näheres Eingehen erübrigt. Auf Wunsch der Versammlung wird eine Einzelberatung der vorliegenden Richtlinien nicht gewünscht. Etwaige Abänderungen wurden dem Vorstände überlassen.

Der Vorsitzende teilt mit, daß er am Abend in Berlin an einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses teilnehmen werde. Er spricht seinen Dank an alle Anwesenden für die geleistete Arbeit aus und weist darauf hin, daß in der nächsten Zeit eine weitere starke Entwertung der Mark zu erwarten sei, so daß die Zukunft sehr ernst aussähe. Solche Zeiten könne man nur überleben, wenn man einig zusammenstehe.

„Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern,
in keiner Not uns trennen und Gefahr!“

Mit diesen Worten schließt der Vorsitzende 1 $\frac{1}{2}$ Uhr die Tagung. Herr Firl (Erfurt) spricht dem Vorsitzenden, Herrn Kochendörffer, dem Vorstände und der Geschäftsstelle den herzlichsten Dank für die geleistete Arbeit aus. Herr Kochendörffer dankt im Namen des Vorstandes, mit dem Versprechen, daß dieser auch im neuen Jahre alles daransetzen werde, um dem Uhrmachergewerbe zu nützen.

W. König, Verbandsdirektor.

Zum Nachdenken!

In einem Tage von 8 Stunden hat man nur 480 Minuten zur Verfügung, und jeder Verlust von 5 Minuten bedeutet einen Wertverlust von 1%. Die Erzeugung sinkt auf 99%. Verliert man 50 Minuten, so sinkt sie auf 90% usw. Wer unter uns bewahrt Tag für Tag seine Zeit vor solchen Verlusten?

(Aus dem Buche: „Sechzehn Lehrsätze vom Geschäftserfolg.“
Preis [Grundpreis 2,50, Multiplikator 1400] 3500 Mk.)